

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Bundesminister Karl Ravens, Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Niedersachsen, analysiert die Kreistagswahl vom Wochenende

Seite 1/2

Erwin Horn MdB verweist auf die Geschlossenheit der SPD in der Sicherheitspolitik

Seite 3

Dieter Lattmann MdB sieht im Bildungskongreß der CDU den ersten Rohkrepieler von Kohls Herbstoffensive

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 204

24. Oktober 1977

Der Verlierer heißt FDP

Sozialdemokraten müssen ihre Stammwähler mobilisieren
von Bundesminister Karl Ravens
Spitzenkandidat der SPD für das Amt des niedersächsischen
Ministerpräsidenten

Die niedersächsischen Teilkommunalwahlen vom 23. Oktober in den 18 neugebildeten Landkreisen hatten nicht den Charakter einer Testwahl für die Landtagswahl im nächsten Jahr. Es waren keine stark politisierten Wahlen, und sensationelle Ergebnisse sind ausgeblieben. Im wesentlichen ist das politische Kräfteverhältnis bestätigt worden.

Bemerkenswert war die relativ geringe Wahlbeteiligung. Sie lag zwischen 63 Prozent (Landkreis Ammerland) und 81,2 Prozent (Landkreis Holzminden) und war mit 75,1 Prozent im Durchschnitt um 16,5 Prozent niedriger gegenüber den Kommunalwahlen vom Oktober 1976 und um fast zehn Prozent geringer gegenüber der Landtagswahl von 1974. Während die CDU aber in Gebieten mit schwacher Wahlbeteiligung ihre Wähler verhältnismäßig stark zu mobilisieren vermocht hat, ist dies der SPD nicht in gleicher Weise gelungen. An den Einzelwahlergebnissen läßt sich ablesen, daß

überall dort, wo die Wahlbeteiligung gut war, die SPD auch gute Stimm-
ergebnisse erzielt hat und umgekehrt. Für die Landtagswahl im kommenden Jahr
wird es deshalb für uns vor allem darauf ankommen, einen Mobilisierungs-Wahl-
kampf zu führen, mit dem wir unsere Stammwähler an die Wahlurne bringen. Dies
ist bei den Kreistagswahlen am vergangenen Sonntag nicht hinreichend gelungen.
Insofern wird das Ergebnis auch Anlaß sein müssen, kritisch zu fragen, ob die
Parteiorganisation in jedem Landkreis das unternommen hat, was für eine Mobi-
lisierung unserer Wählerpotentials notwendig war.

In einer Reihe von Kreisen hat die SPD sehr erfreuliche Stimm-
ergebnisse erzielt. Dabei handelt es sich ausnahmslos um solche Landkreise, in denen seit
jeher "sozialdemokratisch gewählt" wurde und in denen die herausgehobene Stel-
lung des Landrates oder anderer Kommunalpolitiker das Stimmverhalten der Wäh-
ler entscheidend mitbestimmt hat. Offensichtlich hat hier das neue mehr auf
die Persönlichkeit abgestellte Kommunalwahlrecht die großen Parteien bevorzugt,
die ohnehin schon durch den hohen Bekanntheitsgrad ihrer Repräsentanten in der
Kommunalpolitik besser gestellt sind als die kleineren Parteien.

Der eigentliche Verlierer der Wahl ist die FDP. Gegenüber den Kommunalwahlen
vom vergangenen Jahr hat sich ihr Stimmanteil um ein ganzes Prozent verrin-
gert. Sie hat damit rund 14 Prozent ihrer Wähler verloren. Es hat sich für
die Freien Demokraten in Niedersachsen also nicht ausgezahlt, mit der CDU
in die Koalition zu gehen. Die FDP nähert sich jetzt der Grenze, wo sie um
ihre politische Existenz fürchten muß. In einigen Regionen - zum Beispiel
in den Landkreisen Emshard und Friesland - haben die Liberalen regelrechte
Einbrüche erlebt. Der CDU ist es hier gelungen, den Unmut weiter Kreise der
Bevölkerung über die Kreisreform von sich wegzuschieben und voll auf den
Koalitionspartner abzuladen. Dies sollte den niedersächsischen Liberalen hin-
sichtlich ihrer weiteren Zusammenarbeit mit der CDU zu denken geben.

(-/24.10.1977/hgy/hgs)

+ + +

Beeindruckende Geschlossenheit

Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Bundestages

Im Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Tagung der SPD-Bundestagsfraktion in Leverkusen standen die Referate von Georg Leber und Herbert Wehner. Die nahtlose Übereinstimmung in den inhaltlichen Aussagen zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion lassen keinen Raum für irgendwelche Spekulationen, um die offizielle Sicherheitspolitik und die Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion auseinanderdividieren zu können. Lebers prägnanten Satz: "Wenn wir die Hoffnung auf Entspannung aufgeben, dann hat die Menschheit keine Zukunft mehr", nahm der Fraktionsvorsitzende auf und ergänzte: "Wir sollen stolz darauf sein, was Sozialdemokraten eingebracht haben, aber nicht selbstzufrieden." Und Wehner forderte die anwesenden Sicherheitspolitiker auf, nichts zu verschenken und nichts zu verschlüdern, was wir in den realen Prozeß der Entspannung eingebracht haben.

Obwohl der Fraktionsvorsitzende vorgab, keine Thesen zur Sicherheitspolitik zu entwickeln, sondern nur aus den Erfahrungen eines langen politischen Lebens Eindrücke und Abläufe vermitteln zu wollen, war die Rede von einer beeindruckenden Geschlossenheit. Sie zwingt zum Nachdenken und zum Vordenken. An dieser Rede wurde die Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik sichtbar. Und ein Teilnehmer warnte zu Recht davor in der Diskussion, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer falschen Arbeitsteilung entstehen zu lassen: Für die Entspannung ist die SPD zuständig und für die Verteidigung die CDU. Verteidigung und Entspannung führt zur Sicherheit für unser Volk und darüber hinaus für Europa.

Diese Konferenz soll und muß über den Tag hinaus wirken und vor allem das Engagement der Sozialdemokratischen Partei für Verteilungs- und Entspannungspolitik verstärken. So waren auch die besorgten Hinweise des Bundesverteidigungsministers zu verstehen, daß sich die Entwicklung der Kriegsdienstverweigererzahlen auf eine Gefahrenzone zubewegen könne, die eine Bedarfsdeckung der Bundeswehr an Wehrpflichtigen nicht mehr garantiere. Folgerichtig wies der Minister darauf hin, daß dieses Gesetz das Ergebnis einer Initiative der Koalitionsfraktionen sei. Dementsprechend steht gerade unsere Partei in der besonderen Verpflichtung: Selbstverständliche Hilfe für diejenigen, die sich nach Verfassungsrecht auf Gewissensgründe beziehen, aber keine Unterstützung für Drückeberger. Herbert Wehner unterstützte den Appell Lebers an die SPD: "Es geht um den Dienst für die Sicherung des Friedens. Beides ist Dienst für unser Vaterland und Dienst für den Frieden, der Dienst mit der Waffe und der Zivildienst. Wenn sich Sozialdemokraten nicht bereit finden, dies zu sagen, dann haben sie ihre Reifeprüfung als Sozialdemokraten noch nicht bestanden."

Viele Teilnehmer erklärten in den Gesprächen, daß sie noch nie eine so beeindruckende sicherheitspolitische Konferenz erlebt hätten. Der Verteidigungsminister weiß, daß er nicht allein steht, sondern die Unterstützung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihrerseits wird alles daran setzen, um mit der Partei und für unser Volk zu erreichen, "nichts zu verschenken und zu verschlüdern, was wir in dem realen Prozeß der Entspannung eingebracht haben", wie es Herbert Wehner formulierte.

(-/24.10.1977/va-he/mt)

Herbstoffensive als Rohrkrepierer

Anmerkungen zum CDU-Kongreß "Zukunftschancen der Jugend"

Von Dieter Lattmann MdB

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

"Zukunftschancen der Jugend" - eine CDU-Kampagne, die sich auf ihren - zugegeben - schönen Titel beschränkt. In das Hamburger Congreß-Centrum hatte die CDU am Wochenende - entgegen üblicher Praxis - mehr Prominenz als Masse eingeflogen. 71 Spitzenredner, Diskussionsleiter, Berichterstatter und Podiumsdiskutanten verzeichnete zutreffend das Kongreßprogramm: 71 von 280 Veranstaltungsteilnehmern, die - in Überschätzung der Bedeutung der Konferenz - 13 angereisten sozialdemokratischen Beobachter und die Sicherheitskräfte eingeschlossen.

Eigentlich sollte der Kongreß mit seinem Mammutaufgebot bekannter Namen, den großangelegten Auftakt für den jugendbezogenen Teil der "Herbstoffensive" bilden. Doch es zeigte sich, daß - wenn zu halbherzig und wenig ausgereift geplant - viel versammelter Intellekt nicht zu viel Geist führen muß. So wurde aus der angekündigten Offensive ein jämmerlicher Rohrkrepierer. Wie will die CDU in den nächsten Monaten ihr Programm "Zukunftschancen der Jugend" formulieren, wenn es nicht einmal über die elementaren Grundfragen klare Strukturen gibt?

- Wie stellt sich "die Jugend" etwa für Helmut Kohl dar? "Gleichgültig, skeptisch und resigniert, ziellos, passiv und überdrüssig, distanziert, kontaktarm und kühl, berechnend, brutal und aggressiv, hilflos, verzweifelt und neurotisch." JU-Bundesvorstandsmitglied Fritz Brückwedde: "Ich hielt es für völlig falsch, wenn wir der Jugend in düstersten Farben ein Krisengemälde zeichneten."
- Wie sieht die Jugend nun das Verhältnis zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem? "Wir sagen, eine eventuelle Überqualifikation ist noch immer das geringere Übel gegenüber einer möglichen Unterqualifikation", meint der BfA-Präsident Stingl auf dem Kongreß. Diese Auffassung wird von MdB Dr. Dorothee Wilms als Berichterstatterin des Arbeitskreises "Bildung und Arbeitsmarkt" zurückgewiesen und stattdessen gefordert: "In der Bildungspolitik geht es darum, 'Fehlqualifikation' zu vermeiden." Während JU-Bundesvorsitzender Wismann dagegen vor der Illusion der Planbarkeit warnt: "Dies würde eine grundsätzliche Änderung unserer Gesellschaftsordnung bedeuten, die wir alle nicht wollen."
- Während so auch konsequenterweise Stingl und Wismann für eine Politik der "Öffnung der Hochschulen" eintreten, lehnt Frau Wilms dies namens des Arbeitskreises vehement ab. Die Überbewertung der akademischen Bildung durch die Bun-

desregierung sei ebenso falsch "wie heute eine Politik der undifferenzierten Öffnung der Hochschulen für die kommenden Jahre".

Nun sind Widersprüche an sich nichts Schlimmes. Das eigentlich Dramatische an diesen Statements auf dem Kongreß ist die Tatsache, daß sie jeweils unvermittelt vom Blatt gelesen wurden, ohne an irgendeiner Stelle Bezug auf den Gegenredner zu nehmen. Auseinandersetzung mit dem Ziel der Klärung fand nicht statt. Ein Orchester mit 71 Solisten.

Dabei wäre gerade die Diskussion an einigen Stellen bitter notwendig gewesen.

- So konnte Tagungspräsident Heinrich Köppler zur Jugendarbeitslosigkeit allen Ernstes erklären: "Das Problem Jugendarbeitslosigkeit ist deshalb auch nicht in erster Linie abhängig vom Auf und Ab der jeweiligen konjunkturellen Entwicklung, sondern ist schlicht ein Produkt unserer Bildungspolitik."
- Im Arbeitskreis II "Mehr Chancen durch ein begabungsgerechtes Schulsystem" gab es keinen Widerspruch zu jener Formulierung des Arbeitspapiers, in der es in elitärer Arroganz heißt: "Das Gymnasium von heute ist keine schichtenspezifische Schule mehr; es ist Schülern aus allen Schichten zugänglich, die sich seinen zunehmend steigenden Anforderungen stellen können."

Die Konferenz war erfüllt mit Lippenbekenntnissen zum Wert der beruflichen Bildung. Doch - so konnte der saarländische Kultusminister Scherer über eine Kongreßumfrage berichten - im selben Umfang, wie der Wert der Berufsschule von den Kongreßteilnehmern beschwört wurde, so wurde ein Platz am Gymnasium für das eigene Kind für selbstverständlich gehalten. Was auch angesichts der gegenwärtig noch vorhandenen Einkommensverteilung in Abhängigkeit von Ausbildung wenig verwundern mag. Ein Thema, das freilich ausgeklammert blieb auf dieser Konferenz.

Zwar waren die gestiegenen Lohnkosten für so manchen Redner (Stoltenberg, Piazzolo) willkommener Anlaß für polemische Seitenhiebe gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, aber was nun, wieviel, und wie weniger verdienen sollte, wurde schamhaft verschwiegen. Hier wurde das Privilegiendenken spürbar für den kritischen Beobachter, nach dem Motto:

- "Nur begabte Kinder sollen auf das Gymnasium - und meine!"
- "Alle verdienen zu viel, nur ich zu wenig!"

Aber, das soll nicht verkannt werden, es gibt auch Erfreuliches zu vermelden. Wenn etwa der niedersächsische Kultusminister Remmers seine Partei im Arbeitskreis um eine Entemotionalisierung der Gesamtschuldebatte anhält und verstärkte Durchlässigkeit zur akademischen Bildung über die Berufsausbildung fordert, so gibt es hier Anknüpfungspunkte, die nicht im reaktionären Sumpf versinken dürfen.

Wer von der Konferenz allerdings eine bildungspolitische Bilanz mit Perspektiven erwartete, der wurde enttäuscht. Er wird dann wohl auf die Beantwortung der "Großen Anfrage zur Bildungspolitik" der Koalition durch die Bundesregierung verwiesen werden müssen. Diese Parlamentsinitiative wird die Parlamentskollegen der Union angesichts ihrer Hamburger-Jugend-Apokalypse auch daran erinnern, daß sie durch ihre ungebrochene Mehrheit im Bundesrat, wo wesentliche Kompetenzen für Ausbildung, Weiterbildung, Beschäftigung und Besoldung verankert sind, auch seit 1969 bundesweite Verantwortung für die junge Generation mittragen.

(-/24.10.1977/ks/lo/ben)